

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Rath, Birgit Stöver, Richard Seelmaecker,  
Dennis Gladiator, Philipp Heißner (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Zusammenwachsende Stadt – Innovative Formate der politischen Bildung speziell für berufstätige Erwachsene entwickeln**

Renate Künast, Dieter Nuhr, Barbara Schöneberger; diese drei Personen sind wohl die bekanntesten Opfer, wenn es um Beschimpfungen im Internet im vergangenen Jahr geht. Aber auch allgemein ist ein „Shitstorm“ in sozialen Medien heutzutage leider eher Alltag als Ausnahme geworden. Nicht nur Politiker, Schauspieler und Sänger werden Opfer von Beschimpfungen im Netz, auch sogenannte Fake News greifen immer mehr um sich. Probleme sind dabei nicht nur jene, die diese Unwahrheiten im Netz als echte Nachrichten getarnt verbreiten. Auch jene, die diese Verschwörungstheorien weiterleiten, weil sie an deren Echtheit glauben, beteiligen sich langfristig an der Spaltung der Gesellschaft. Immer öfter werden die Fake News dann auch im wirklichen Leben weitergegeben: Da wird beim Grillabend unter Freunden so manches Gerücht verbreitet, beim Gespräch mit der Nachbarin Neid auf andere geschürt und von Kollegen der neue Mitarbeiter mit Fluchthintergrund skeptisch beäugt, denn „man habe ja bei Facebook gelesen, dass (...)“.

Diese Art Diskussionen belegen aber auch, dass es die viel beschworene Politikverdrossenheit nicht beziehungsweise nicht in dem Ausmaß gibt, den Diskutanten aber teilweise einfach das komplexe politische Hintergrundwissen fehlt. Häufig ist zu hören „Ich würde dem ja gerne etwas entgegenhalten, aber mir fehlen die sachlichen Argumente.“ oder „Mich interessiert Politik schon, aber ich komme einfach nicht dazu, mich umfassend darüber zu informieren.“

Bildung ist das große Schlüsselwort unserer heutigen Zeit, wenn es um das Erfassen politischer Zusammenhänge geht. Zu groß ist die Gefahr der Stärkung der politischen Kräfte am linken und rechten Rand. Wohin politische Unwissenheit aktuell führen kann, zeigt auch ein Blick in andere Länder.

Gegen diese Entwicklung hilft im Grunde nur Aufklärung darüber, wie das politische System und unsere Gesellschaft funktionieren. Wichtig ist auch, die Fähigkeit zu verfeinern, echte von falschen Nachrichten unterscheiden zu können.

Leider scheint der rot-grüne Senat mit dem letzten Haushalt ab dem Jahr 2019 den Schwerpunkt verlagert zu haben. So wurde die „Verteilung der Sachmittel in Höhe von jährlich 300.000 Euro zugunsten der politischen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener erheblich umgeschichtet, sodass künftig rund die Hälfte aller Aktivitäten und Sachmittel der politischen Jugendbildung dient“ (Drs. 21/14367).

Junge Menschen erhalten bereits in der Schule Grundlagen vermittelt. Die Erfahrungen zeigen aber, dass diese im Laufe des Lebens in Vergessenheit geraten und daher Erwachsene stärker als bisher in den Fokus gerückt werden müssen. Allerdings erreichen die klassischen Formate der politischen Bildung entweder die ganz jungen oder die älteren Generationen. Hamburgerinnen und Hamburger im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren hingegen fühlen sich von den vorhandenen Angeboten leider zu wenig angesprochen oder haben schlichtweg keine Zeit für diese. Insgesamt müsste die politische Bildung also mehr zu den Menschen kommen und in den Alltag

integriert werden, sodass zum Beispiel auch wieder die Freude am Zeitunglesen zunimmt. Hier gilt es daher, neue Formate speziell für Berufstätige zu entwickeln. Die für diese Menschen zuständige Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) kann sich hierbei beispielsweise gemeinsam mit der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) vom Messenger-Projekt „70 Jahre Grundgesetz“ des Bundesministeriums der Justiz inspirieren lassen. Hier berichtete ein fiktiver Stenograf via WhatsApp von der Entstehung der Grundrechte. Auch hat die Landeszentrale für politische Bildung bereits für Schüler durchaus innovative Ideen entwickelt, wie die beiden Videos „Arbeitsbedingungen“ und „Misstrauensvotum“ auf YouTube belegen, die amüsante Anknüpfungspunkte aus dem Leben von Schülerinnen und Schülern gefunden haben.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. ein Konzept zu erstellen, damit im Bereich der politischen Bildung innovative Formate speziell für berufstätige Erwachsene entwickelt werden können, die digital, aber auch über lebenslagengerechte Veranstaltungsformate direkt die genannte Zielgruppe ansprechen,
2. die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen,
3. zusammen mit der Handwerkskammer, der Handelskammer und den Arbeitgeberverbänden zu überlegen, wie die politische Bildung auch über die Arbeitgeber an die Zielgruppe herangetragen werden kann.